

Verzugsbedingungen und Einzelgenpreise
End in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

24. Februar 1926

Verlag und Einzelgenabteilung:
Berlinszeitung 9-8 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Agrariersturm gegen das Volksbegehren.

Landbund-Anweisungen an die Gemeindevorsteher. — Der „Landgemeinde-Verband“ Zeiß fordert auf, die Einzeichnungslisten in den Papierkorb zu werfen!

In Nr. 9 des „Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers“ vom 16. Februar 1926 hat der Reichsminister des Innern die amtliche Zulassung des Gesekentwurfs über entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer veröffentlicht und gleichzeitig die Einzeichnungsfrist — 4. bis 17. März — bekanntgegeben. Inzwischen sind von den beteiligten Parteien den Gemeindevorständen im ganzen Reich die Einzeichnungslisten mit dem Ersuchen zugegangen, sie innerhalb der amtlich festgesetzten Frist öffentlich auszulegen.

Wie wird auf diese selbstverständliche Aufforderung reagiert?

Am besten beweist das folgendes Schriftstück, das uns aus dem Kreise Oberbarnim zugefandt wurde:

Landbund Oberbarnim. Bad Freienwalde, 22. 2. 26.
An sämtliche Guts- und Gemeindevorstände im Kreise Oberbarnim.

Die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei haben den Gemeindevorständen die Listen zur Unterzeichnung zwecks Volksabstimmung über die Fürstenabfindung zugestellt und die Auslage verlangt.

Wir empfehlen nach Rücksprache mit dem Herrn Landrat, die Auslegung mit der Begründung abzulehnen, daß bisher über die Auslegung keinerlei Anweisungen von der vorgesetzten Dienststelle eingegangen seien. Die Zuschriften brauchen nicht zurückgeschickt werden, sondern können bei den Empfängern liegen bleiben.

Landbund Oberbarnim e. V.
gez. Weincke.

Wir nehmen zunächst an, daß der Landbund bewußt aufs Größlichste schwandelt, wenn er sich auf ein Einverständnis mit dem Landrat des Kreises Oberbarnim beruft. Dieser Landrat ist zwar ein Verwaltungsbeamter alten Schlages, aber trotzdem möchten wir nicht ohne weiteres annehmen, daß er dem Landbund die Anweisungen zur Sabotage des Volksbegehrens erteilt habe. Wir vermuten, daß der Landrat auf Anfrage nur mitgeteilt hat, er habe noch keine Anweisungen, und daß darauf der Landbund eigenmächtig sein Rundschreiben verschickte.

Dann hat also der Landbund geschwändelt. Trotzdem aber wird man ihm dankbar sein. Auf diese Weise wird wenigstens erkennbar, welcher Guts- oder Gemeindevorsteher bedenkenlos den Anweisungen des Landbundes folgt, wer also die Befehle des Landbundes höher stellt, als die Bekanntmachungen der Reichsregierung. Das wird für spätere Disziplinar- und Gerichtsverfahren eine sehr interessante Sammlung geben.

Inzwischen hat sich schon ein Gutsvorsteher gefunden, der im Sinne, wenn nicht im Auftrag des Landbundes handelt. Aus Crussow erhielt der sozialdemokratische Bezirksvorstand Brandenburg das Einzeichnungsmaterial zurück mit folgendem Schreiben:

Unser Einzeichnungsliste mit Bescheiden zurück, mit dem Bemerkten, daß meinerseits mir über ein Volksbegehren nichts bekannt ist.
Der Gutsvorstand.

Daß dieser Gutsvorstand die Zeit verschlafen hätte, darf man nicht vermuten. Es bleibt also nichts übrig, als die Annahme, daß der Gutsvorstand absichtlich nichts wissen will und deshalb die Listen zurückschickt.

Nun liegt zwar Crussow nicht im Kreis Oberbarnim, sondern im Kreise Angermünde, aber es scheint, als wenn der Landbund die gleichen Anweisungen überall hinausgibt, und daß Crussow nur einer der ersten Fälle ist, bei dem man die Wirkung der landbündlerischen Einmischung in die Amtsgeschäfte feststellen kann.

Auch der „Verband der Landgemeinden“!

Aus Zeiß wird uns gemeldet, daß die dortige Kreisleitung des „Verbandes der Preussischen Landgemeinden“ an seine Mitglieder im Kreise dieses Rundschreiben verschickt hat:

Verband der Preussischen Landgemeinden.
Kreisabteilung Zeiß.

Hainichen, den 22. Februar 1926.

Rundschreiben an alle Herren Gemeindevorsteher, die dem Landgemeindevorstand, Kreisabteilung Zeiß, angeschlossen sind.

Betrifft: Eintragungslisten für das Volksbegehren über die Entschädigung der Fürstenthümer.

Vor einigen Tagen sind wohl an sämtliche Gemeindevorsteher Eintragungslisten für das Volksbegehren nach § 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid betreffend Enteignung des Fürstenthümers gelangt worden. Das Schreiben stammt von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirksverband Halle, H. 4244, und ist nicht amtlich zu betrachten. Wir raten, die Eintragungslisten in den Papierkorb zu befördern, da es uns unerhört vorkommt, wenn auch noch die politischen Parteien sich in amtliche

Angelegenheiten einmischen wollen und den Behörden Arbeiten auferlegen wollen, die als amtliche Unterlagen nicht verwandt werden können. Abstimmungsergebnisse können nur Geltung erhalten, wenn sie den Behörden amtlich zugegangen sind. Eine politische Partei ist aber keine Behörde.

Zu diesem Rundschreiben sind wir veranlaßt worden auf Grund verschiedener Anfragen der Herren Gemeindevorsteher.

Hochachtungsvoll

(gez.) Pfeiffer, Geschäftsführer.
(gez.) Lottenborn, Vorsitzender.

Der Verband der Landgemeinden steht unter Leitung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geseke, der früher Landrat im Kreise Torgau war. Aber dem Verband gehören sicher auch zahlreiche Gemeinden an, die republikanische Mehrheiten und Gemeindevorsteher haben. Deshalb sollte der Verband sich Geschäftsführer vom Halbe halten, die so wenig die einschlägigen Gesetze kennen, daß sie den Gemeindevorständen empfehlen, ihre Amtspflicht dadurch gröblich zu vernachlässigen, daß sie ihr amtlich empfangenes Listenmaterial „in den Papierkorb“ werfen. Der Geschäftsführer eines Kommunalverbandes muß wissen, daß die Gemeindevorstände verpflichtet sind, die Listen für ein amtlich zugelassenes Volksbegehren auszulegen, die ihnen von einer Partei zugehen. Er muß auch wissen, daß es bei einem Volksbegehren Aufgabe der das Begehren betreibenden Parteien ist, die Listen an die Gemeinden zu verbreiten. Ein Geschäftsführer, der die gesetzlichen Bestimmungen nicht kennt, gehört schmeichlich an die frische Luft!

Wo bleiben die Anweisungen?

Die Tatsache bleibt freilich bestehen, daß heute, eine Woche vor dem Beginn der Einzeichnungsfrist, die Anweisungen an die Verwaltungsbehörden noch nicht das preussische Ministerium erlassen habe. Wer trägt dafür die Verantwortung?

Wie wir hören, sollen die allgemeinen Anweisungen im nächsten „Ministerialblatt für die innere Verwaltung“ erscheinen. Das dürfte frühestens am Donnerstag herauskommen. Daraus werden dann die Regierungspräsidenten entnehmen, was sie zu tun haben und die Anweisungen an die Landräte weitergeben. Von da aus gelangen sie dann endlich an die Guts- und Gemeindevorsteher.

Chamberlain über die Ratsfrage.

Noch immer keine klare Stellungnahme.

Birmingham, 24. Februar. (W.B.) Chamberlain führte in einer Rede u. a. aus. Aus Anlaß der Umbildung des Völkerbundesrats welche der Eintritt Deutschlands zur Folge hat, hat sich die Frage erhoben, wie die zukünftige Zusammensetzung des Völkerbundsrats sein soll. Ich sehe, daß nicht nur in unserem Lande von einigen Leuten in Wort und Schrift ausgeführt wird, daß, da Deutschland zugelassen werden sollte, auch irgendeine andere Nation in den Völkerbundsrat

als Gegengewicht gegen Deutschland

hineingebracht werden müsse. Dies ist keine historisch richtige Darstellung, wie die Frage sich stellt.

Seit ziemlich langer Zeit haben wir dem Augenblick entgegen, da Deutschland seinen Platz einnehmen werde. Seit einiger Zeit führten wir den Völkerbundsrat im Hinblick auf den von uns erhofften Eintritt Deutschlands von Jahr zu Jahr mit nichtständigen Mitgliedern weiter, fast so, als wenn diese ständige Sitze hätten. Die ganze Maschinerie des Völkerbundes wurde aus verschiedenen Gründen in ihrem alten Zustand erhalten, deren einer eben der erwartete Eintritt Deutschlands war. Bisher, was gesagt und geschrieben worden ist, wäre nicht gesagt oder geschrieben worden, wenn die Leute sich vergegenwärtigt hätten, daß diese Frage bis zum Eintritt Deutschlands ausgehoben wurde und natürlich erörtert werden muß, wenn irgendeine Veränderung in der Zusammensetzung des Völkerbundsrats erfolgt.

Die große zur Erörterung stehende Frage war, ob, abgesehen von Deutschland, noch irgendeine Vergrößerung des Rates stattfinden sollte. Er sollte nicht über irgendeinen einzelnen Anspruch sprechen, aber er möchte einen Gesichtspunkt geltend machen, der zu wenig beachtet worden sei. Der Völkerbundsrat bestche aus 10 Mitgliedern und mit Einschluß Deutschlands aus 11. Schmeine es, daß 11 Mitglieder hinreichend seien, um das moralische Urteil der Welt zu sprechen, wenn in irgendeinem gegebenen Augenblick unter den feierlichsten und kritischsten Umständen vielleicht 6 von den 11 Mitgliedern nicht in der Lage seien, ihre Stimme abzugeben oder an einer Entscheidung sich zu beteiligen, weil sie selbst interessierte Par-

teien seien, und die Ansichten des Rates dann die Ansichten einer Minderheit sein könnten?

Wie wir in letzter Stunde erfahren, werden die sehr umfangreichen Bestimmungen, die der preussische Minister des Innern an die Verwaltungsbehörden herausgibt, in ihrem wesentlichen Inhalt sobald als möglich durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst verbreitet werde, so daß kein Gemeinde-, Amts- oder Gutsvorsteher mehr Gelegenheit haben dürfte, sich auf Unkenntnis herauszureden.

Die gefährdeten Latifundien.

Warum ist gerade der Landbund so dahinter her, daß das Volksbegehren nicht zustande kommt und sogar mit ungesetzlichen Mitteln verhindert wird?

Die Großagrarien fühlen sich in ihrem Heiligsten getroffen, in ihrem Großgrundbesitz, in ihrem ererbten „Recht“ auf Ausbeutung der anderen! Deshalb die Furcht und deshalb die Unverschämtheit, den Behörden in ihre Befugnisse hineinzureden. Aber die Agrarier leisten ihren Freunden in den Amtsstuben einen sehr schlechten Dienst, denn jeder Beamte, der ihren Weisungen folgt, macht sich für die Zukunft unmöglich. Es muß und wird hoffentlich gegen so renitente Beamte ein Großreinemachen geben! Sie können sich dann beim Landbund oder beim Verband der preussischen Landgemeinden beschweren, an dessen Spitze der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Geseke steht.

Die verzweifeltsten Vorstöße der Agrarierorganisationen zeigen indessen, wie notwendig die äußerste Anspannung aller Kräfte ist, um den Reaktionen in jedem Gewande schon durch eine überwältigende Zahl der Einzeichnungen beim Volksbegehren einen vernichtenden Schlag zu versetzen.

Nun erst recht! heißt die Parole. Heran an die Arbeit, keine Kraft darf versetzt werden. Die Agrarier nehmen die Partei der Fürsten. Da darf es keinen Zweifel geben, daß jeder Arbeitende auf der Seite des Volkes steht!

Es gebe gute Gründe für eine Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder.

damit nämlich in Fällen, wo so viel von der moralischen Autorität ihrer Entscheidung abhängt, diese Entscheidung von der Welt als autoritativ anerkannt werden könne.

Chamberlain sagte weiter, er wisse, daß einige seiner Kollegen im Unterhaus eine Entschließung angenommen haben, in der sie gegen jede Erweiterung des Völkerbundsrates, außer der durch den Eintritt Deutschlands notwendig werdenden, protestieren mit der Begründung, daß die Zulassung irgendeiner anderen Nation dem Abkommen von Locarno zuwiderlaufe. Er dürfe wohl behaupten, daß, wenn irgend jemand mit dem Abkommen von Locarno vertraut sei, er selbst dies sei. Die Regierung heiße Deutschland im Völkerbund willkommen, weil sie der Ansicht sei, daß sein Eintritt ein Schritt vorwärts sei in dem Werk der Versöhnung zwischen den Feinden von gestern, von dessen Erfolg der Frieden von morgen abhängt. Irgendwelchen anderen Nationen das Recht freizugeben, daß ihr Anspruch auch nur in Erwägung gezogen werde, sei etwas, was die deutschen Staatsmänner zu klug seien zu tun, im Interesse ihres eigenen Landes in seiner neuen Stellung in der neu aufgebauten Welt und seiner Beziehungen zu den fremden Nationen.

Auch diese neue Rede des englischen Außenministers ist nicht eindeutig. Sie läßt darauf schließen, daß er sich bei früheren mündlichen Besprechungen im Sinne der Berücksichtigung der polnischen und vielleicht auch der spanischen Wünsche zwar nicht festgelegt, aber zumindest stark engagiert hat und daß er sich nur schwer und vorsichtig von diesen Versprechungen lösen kann.

Chamberlain wendet sich mit Schärfe gegen das Argument, daß durch die Gewährung eines polnischen Ratsplatzes ein Gegengewicht gegen Deutschland geschaffen werden

müsse. Aber diese Polemik richtet sich ebenso sehr an die Adresse Deutschlands, dessen Bedenken er damit zu beschwichtigen versucht.

In der Sache selbst scheint er aber für die Vermehrung der Ratsitze zu plädieren, ohne allerdings auf die Frage deutlich einzugehen, ob die Zahl der ständigen Sitze erhöht werden soll. Auch berührt er nicht den Punkt, ob eine solche Erweiterung jetzt oder später erfolgen soll.

Die Rede schließt mit einer freundschaftlichen, aber entschiedenen Mahnung an die Reichsregierung, keine übereilten Schritte zu tun, und sich nicht unter Berufung auf Locarno einem polnischen Ratsitz zu widersetzen.

Alles in allem sieht man nach dieser Rede Chamberlains weniger klar, denn zuvor, und die Behauptung der „Times“ vor vier Tagen, daß die Frage „erledigt“ sei, stimmt mit den Ausführungen des Außenministers kaum überein.

400 Unterhausmitglieder gegen Ratsitzvermehrung.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Parlamentsauschuß der englischen Liga für den Völkerbund, dem über 400 Mitglieder des Unterhauses angehören, führte Genosse Tom Shaw als Sprecher der anwesenden Abgeordneten der Arbeiterpartei zur Unterfütterung einer Entschließung gegen die Vermehrung der ständigen Ratsitze u. a. folgendes aus: Auch ohne einen ständigen Ratsitz habe Polen nichts zu fürchten. Aber vom Standpunkt des Völkerbundes aus würde eine Erweiterung des Rats eine ausgesprochene Schwächung bedeuten. Ein solches Vorgehen würde nicht nur von Deutschland, sondern von der ganzen Welt als eine Verletzung des Geistes von Locarno beurteilt werden. Würde Polens Wunsch erfüllt, so könnte jedes andere Land im Osten Europas ebensogut einen ständigen Ratsitz beanspruchen. Sämtliche drei Parteien des englischen Parlaments, meinte Tom Shaw, hätten Anlaß, sich hinter den Außenminister zu stellen und darauf zu bestehen, daß zurzeit außer Deutschland kein neues Mitglied aufgenommen werden sollte. Dies würde Chamberlain in die Lage versetzen, nach Genf mitzuteilen, daß im britischen Parlament ohne Rücksicht auf die Parteien Einigkeit darüber bestehe, daß Deutschland allein Aufnahme findet.

Der hierauf erfolgten einstimmigen Annahme einer Entschließung, die eine Ratsitzvermehrung über Deutschland hinaus ablehnt, wird in den politischen Kreisen Londons insofern besondere Bedeutung zugesprochen, als dadurch in Frankreich Klarheit darüber geschaffen wird, daß die Gegnerschaft gegen eine Aufnahme Polens in England nicht das Wort der Opposition, sondern die Auffassung aller politisch Verantwortlichen ist. In diesem Zusammenhang gewinnen auch die Feststellungen der „Times“ Bedeutung, deren Leitartikel in der Feststellung gipfelt, die öffentliche Meinung Großbritanniens werde eine derartige Verletzung des Geistes von Locarno niemals dulden.

Rintschitsch in Rom.

Der serbische Außenminister Rintschitsch hat plötzlich beschlossen, nach Rom zu fahren, um sich von dort nach Genf zu begeben. In römischen Kreisen verzeichnet man diese Nachricht mit großer Genugtuung, weil Rintschitsch angeblich mit Mussolini die für Jugoslawien durch Locarno und den Eintritt Deutschlands geschaffene Lage besprechen will.

Amnestie im Dolchstoßprozess.

München, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch Beschluß des Amtsgerichts München wurde nunmehr entschieden, daß der sogenannte Dolchstoßprozess (C o s m a n n gegen Genossen G r u b e r von der „Münchener Post“) unter die am 21. Dezember in Kraft getretene Amnestie fällt. Infolgedessen wird die Geldstrafe von 3000 M., zu der Genosse Gruber verurteilt worden ist, aufgehoben. Ueber die Kostenfrage ist zwischen den beiden streitenden Teilen außergerichtlich eine besondere Vereinbarung getroffen worden, nach der die ersatzfähigen Kosten und Auslagen je zur Hälfte geteilt werden.

„Der entfesselte Wotan“ von Ernst Toller.

Die Tribüne.

Ernst Toller hütete sich vor dem Unsinne, seine Bestimmung in allzu billige Kunststücke umzuwandeln. Kaum spürte er das Ende des Märtyrertums, das ihm die Blindwütigkeit bornierter Gefängnisdirektoren und Scharfrichter auferlegt hatte, als er schon zu jubeln begann. Er neigte Gott sei dank nicht dazu, nur melancholisch in der Welt mitzuwirken zu wollen. Wenn er jahrelang bisher treuherzig Dramen der Ueberzeugung schrieb, deren gedankliche Tätigkeit manchmal nur zur Wutheerzeit verleitete, so wurde er doch bald von dieser nicht immer aus dem blühenden Wort lebenden Heroenphrase geheilt. Es sind doch starke unterirdische Dichterkräfte in ihm vorhanden. Sie bewahren ihn davor, daß er sich nur der Polemik, die den Alltag angeht, verschreibt. Die Tendenz, die nur Tendenz sein will, wird überwunden. O nein, niemals soll die Ansicht verteidigt werden, daß der Dichter, der nicht mit seinem Wort die Zeit bemächtigt, der Dramatiker, der nur den Abklatsch und nicht die Durchleuchtung seiner Zeit gibt, ein Stümper bleibt, wenn auch ein lebenswürdiger. Man möchte ihm helfen. Die Achtung vor der Unsterblichkeit und gar nicht relativen Unvergänglichkeit der Kunst verbietet jedoch ihm zu helfen.

Ernst Toller hilft sich selber. Er ist müsig, er ist unterdornen und unüberbraucht geblieben. Die Tendenz hat ihn nicht zerdrückt. Er half sich selber, indem er zuerst sogar lachen konnte. Zum Humor gelangte er, zur Komödie. „Der entfesselte Wotan“ ist eine Komödie, ganz gut gelungen in dem Dürben und Krassen. Die Lachmuskeln werden durchaus gefügig durch den Friseur Wilhelm Dietrich Wotan, der seine lieben Landsleute in Deutschland am Widel nehmen und sie in Brasilien herrlichen Zeiten entgegenführen möchte. Man scheue sich nicht, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Toller hat einen Schuß Banalität in sich, den man auch Volkstümlichkeit nennen könnte. Sieht man sich diesen Friseur Wotan, der schließlich als Hochkapler vom Polizisten abgeführt wird, etwas näher an, so macht Toller ihn, indem er sich bewußt oder unbewußt an sauter gute Operettenentwürfe, aber auch an Sudermann und Max Dreger erinnerte. Dieser Meister vom Schaum und Pinzel, der seine Siedlungsgenossenschaft träumt, dabei die Leute braun betrügt und am Ende doch meint, daß er in einer Ausgabe für Fürsten und für Reiche und auch für das kleine Volk seine Memoiren als Bibel der Menschlichkeit herausgeben will, ist ein Sohn von sehr zahlreichen Vätern. Man kann sogar behaupten: das, was Toller diesem amüsanten Bastard von eigener Vaterhaft einbläht, ist gar nicht viel wert. Also besteht Toller heute nur, weil man sieht, daß er sich zum handfesten Theatermann entwickeln kann. An die Kraft des Missionars, der furchtbar gelitten hat, und auf dessen Botchaft die Leute kindlich schwören sollen, glaubt man nicht. Wilhelm Dietrich Wotan, der Friseur und Held der Komödie, überträgt nur

Moskauer Debatten.

Ueber die Politik der deutschen Kommunisten.

Die Bolschewiki haben ihre deutschen Agenten zum Appell nach Moskau berufen. Das Ganze nennt sich erweiterte Sitzung des Ekki und ist in Wirklichkeit nur eine Instruktionsstunde. Da sich bei den deutschen Arbeitern die Diskussion noch nicht so glatt abwärts läßt wie in der russischen Partei, so werden wohlwolligste Bruchstücke der Debatten in der „Roten Fahne“ abgedruckt. Die „Rote Fahne“ wird sicher feststellen, daß es an unserer hoffnungslosen menschenwärtigen Idiotie liegt, wenn wir feststellen müssen, daß es uns nicht möglich ist, aus diesen Berichten klug zu werden. Wir sehen nicht, was die Kommunisten im Augenblick eigentlich bestimmt wollen. Bieleicht liegt es aber auch daran, daß die Kommunisten selbst nicht wissen, was sie wollen. Aus der Debatte kann man jedenfalls nur ganz vage Schlüsse ziehen. Offenbar bleibt die Parole für die nächste Zeit noch: Kampf gegen die Ultralinken. Wie lange es allerdings bei dieser Parole bleibt, läßt sich noch nicht übersehen. Für die deutschen Kommunisten wird sehr bald eine schwierige Zeit kommen. Die Welle der Hoffnungen auf die Erfolge des neuen Kurzes hat mindestens stimmungsgemäß ihren Höhepunkt überschritten. Der Rahmen der Hoffnungen wird nicht ausbleiben und für den aufmerksamen Beobachter mehrten sich schon jetzt deutlich die Anzeichen dafür, daß er kommt. Das Kessamegeklirr der „Roten Fahne“ kann jedenfalls die innere Schwäche der R.P.D., die sich auf den Widerspruch zwischen Wollen und Können, zwischen revolutionären Redensarten und opportunistischen Taten ergibt, nicht hinwegwischen.

Bei den Debatten in Moskau sind solche Stimmungsmomente deutlich zu spüren. Ein Vertreter der Berliner Organisation erklärt z. B. (wörtlich), daß „Scholem und Rosenbergs nicht ermächtigt sind, für die Beddinger Opposition zu sprechen“. Die „Beddinger“ haben ihre Parteiltheorie für sich. Sie sind mit allen unzufrieden, mit der Zentrale, mit Ruth Fischer, mit Scholem und wahrscheinlich auch mit sich selber. Höchstens behaupten sie, daß Iwan Raj „eine Dummheit“ gemacht hat. Scholem führt ein allerliebtes Eiertäntchen auf. Er ist nicht ultralink, belleibe nicht (denn das ist nicht zweckmäßig), er ist nicht rechts (denn der Kommunismus hätte ja gar keine Lebensberechtigung, wenn er nicht gegen rechts kämpfen könnte), er ist auch nicht für die Zentrale, denn die Zentrale weicht zu sehr von der richtigen Linie ab. Wegen seiner Diplomatie wird er deshalb erhebtlich an den langen Ohren genommen. Von dem offiziellen Sprecher der Zentrale wird ihm erklärt, daß „die Politik der Verkleisterung, die Diplomatie des Parteibetruges, des Betruges der Exekutive“, aufhören muß. Die Scholem-Lente werden deshalb wohl ein Lippenbekenntnis ablegen, aber der Zustand latenter Spannung in der R.P.D. wird nicht aufhören. Mit der Parole der Einheitsfront wird man weiter verfahren, an deren eine Grube zu graben, leider aber auf die Dauer selber hineinfallen.

Schiele und Schulz.

Was wollte Schulz im Innenministerium?

Im Gemeinderatsauschuß des Landtags hat der kommunistische Abgeordnete D b u c h beantragt, die Beziehungen des Gemeindevorstandes Schulz zum damaligen Reichsinnenminister Schiele zu untersuchen. In der Begründung dieses Antrages führte D b u c h aus:

„Ich will einstweilen übergehen, daß der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. D u a g g Mitglied der von Schulz gegründeten Gesellschaft mit dem originellen Titel „Weltumseglung“ ist. Zu einem anderen deutschnationalen Abgeordneten, der seinerzeit Reichsminister war, dem Exminister Schiele, hat der Gemeinderat Schulz jedenfalls enge Beziehungen unterhalten. Der Auschuß wird zu untersuchen haben, welcher Art diese Beziehungen waren. Wenn in dem Rundschreiben des Zentralverbandes der deutschen Landarbeiter zur Verschleierung

darin seine hochstapelnden Genossen, daß er entzündend die Naturdinge vermeddelt. Hühnergegader wird ihm zu Drosselschlag. Das Kartenhäus bricht zusammen, und siehe, plötzlich hört der Träumer, der ein Betrüger, doch ein selbstbetrogener Betrüger war, wieder nichts anderes als das scheußliche Gegader.

So ist auch für das Quentchen Hölle und Lyrik geforgt, das dem Dramatiker noch nicht verloren ging. Jürgen Fehling, der Regisseur, nahm sich des banalen, doch wirksamen Theatertopos und auch der stilleren Herzigkeit mit Teilnahme an. Fehling war der erste Regisseur Tollers. Mit Freude setzt er die Freundschaft fort. Nun merkt man deutlich, daß auch der Regisseur das Drebere des Dramatikers vorzieht. Im zweiten Akt will Toller durch einen pantomimischen Traum zeigen, daß das ausgebrochene Ehegepöns des gutgläubigen hochstapelnden Friseurs eine kostbare aber höchst traurige Seele sei. Der Traum wird also dargestellt in seiner teilsüßlichen Realität. Aber diese Pantomime ist matt. Wenn einem Dichter nichts Sinnliches aus dem unterirdischen Gefühl quillt, dann will er häufig durch Symbolik, die gar keinen künstlerischen, sondern nur einen oberflächlich spielerischen Aufwand braucht, seine Schwäche verbergen.

Uebrigens ist es Roberts, der den häufig lahmgehenden Komödienschreiber sabelhaft unterstützen kann. Roberts stopft die Lücken mit hervorragender Komödienphantasie. Dabei umgeht er jede Uebertreibung und Zappigkeit. Man denke, ein Friseur, wie man ihn sich in der Post vorstellt, und der Mann häuft trotzdem nicht herum wie ein Floh. Kurt Geron spielte den Ranoger des sympathischen Betrügers mit einer starken Begabung für das Verschmitzte und Schöbige. Der Kabarettist entwickelt sich zum Charakterspieler. Renée Stobrowa war die Frau des armen leidenden Menschen des Großmanns, die opferwillige und opferfähige Gefährtin des Heldenbabas. Man sieht Frau Stobrowa selten und weiß nicht, daß sie in ihrer Selbstverleugnung und Selbstzucht eine sehr gute Charakterspielerin ist.

Bald nach dieser Premiere geschah etwas Höchsterfreuliches, die Schauspieler Berlins, die bis gegen Rittersnacht gearbeitet hatten, schminkten sich ab. Sie puzten sich sogar ein wenig, Damen und Herren, und strömten ins „Theater am Kurfürstendam“, wo man eine Nachvorstellung für die Schauspieler vorbereitet hatte. Es rührt immer, wenn man die Bewohner der Bühne als Zuschauer beobachtet. Wie dankbar all diese Leute, die sonst ernst oder ausgelassen ihr Publikum suchen, wenn man sie selber amüsiert. Die „Nacht der Nächte“, Reffons farbige Pantomime, wurde hingenommen als ein Loblied. Was sonst anmutig ist, wurde unjübel, als wenn es die letzte Offenbarung aller Grazie wäre.

Mag Hochdorf.

300 neue Mineralquellen? In Sibirien sind in der letzten Zeit insgesamt 300 neue Quellen entdeckt worden, die die verschiedensten medizinischen Mineralien enthalten.

des Tatbestandes ausgeführt war, daß Schulz im Reichstag mit im Parteipräsidium harmlos aus- und eingegangen sei, so kann ich hinzufügen, daß er während der Wirksamkeit des deutschnationalen Abgeordneten Schiele im Reichsinnenministerium auch dort häufig aus- und einging. Nach meiner Information hätte es sogar nicht viel gefehlt, und der Gemeindevorstand Schulz wäre in dieses Reichsinnenministerium selbst übernommen worden!

Diesen Behauptungen muß allerdings nachgegangen werden. Das Reichsinnenministerium als Zufluchtsort für Fememörder — das muß gründlich klargestellt werden.

Oesterreicher in Magdeburg.

Magdeburg, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die 500 Mann starke Abordnung des Oesterreichischen Schutzbundes, die sich an der Reichsbannertagung in Hamburg beteiligt hatte, stattete auf der Rückreise nach Wien am Dienstag Magdeburg einen Besuch ab. Schon eine Stunde vor Eintreffen des Zuges waren die Straßen, durch die die Wiener Gäste zogen, dicht gefüllt von Menschen. Auf dem Alten Markt, inmitten der Stadt, wurden die Gäste offiziell vom Magistrat begrüßt. Das Rathaus hatte die österreichische und die Reichsflagge gehißt. Bei der Abreise um 5 Uhr nachmittags war ganz Magdeburg auf den Beinen.

Der Budapestener Ausschussbericht.

Die Mehrheit für — die Opposition gegen Bethlen.

Budapest, 24. Februar. (M.B.) Der Bericht (der regierungstreuen Mehrheit, Red. des „Vorwärts“) des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Frankenschießungsache kommt zu dem Schluß, daß nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung und Ermögung des zur Verfügung stehenden Materials folgendes festzustellen ist:

1. Der Idee des Verbrechens, seiner Anregung, Unterstützung und Deckung stehen sowohl Regierung wie alle Mitglieder der Nationalversammlung fern.

2. Nach Aufdeckung des Verbrechens wandten Ministerpräsident und Regierung alle Mittel an, um die Angelegenheit in jeder Richtung aufzuklären und die Täter und Teilnehmer vor ein ordentliches Gericht zu stellen.

3. Eine politische Verantwortung irgendeines Regierungsmitglieds kann in bezug auf die Vorbeugung oder Verhinderung des Verbrechens oder die Feststellung der Täter oder Teilnehmer weder durch ein Tun oder Unterlassen festgestellt werden. Der Ausschuss ersucht um Billigung seines Berichts und Feststellung, daß seine Tätigkeit beendet ist.

Budapest, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Oppositionsparteien brachten am Dienstag im parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Minoritätserklärung gegen Bethlen ein. Diese Erklärung stellt in entschiedener Weise die direkte Verantwortlichkeit der Regierung Bethlen für die Frankenschießungsache fest. Da die Regierung bis zur Abreise Bethlens nach Genf zur Völkerbundtagung die Debatte über die Frankenschießungsache auch im Plenum beenden sehen möchte, soll versucht werden, sie auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Parlaments zu setzen. Es ist geplant, die Sitzungen noch 8 bis 12 Stunden auszudehnen, um die Opposition zu ermüden und den Schluß der Debatte schneller herbeizuführen.

Die Vasznyi-Attentäter auf freiem Fuß!

Die Attentäter gegen den demokratischen Abg. Vasznyi sind inzwischen auf freiem Fuß gesetzt worden, obwohl der Ammunkitätsauschuß des Parlaments einstimmig festgesetzt hat, daß sie sich eines Vergehens gegen die Abgeordnetenimmunität schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt hat gegen die richterliche Entscheidung den Senat angerufen.

Provinzialauschuß Grenzmark. In den Reichsrat wurde vom Provinzialauschuß der Provinz Grenzmark Polen-Westpreußen gewählt: Warnke von der Zentrumspartei ordentliches Mitglied, Georg Steinbrecher von der Sozialdemokratischen Partei stellvertretendes Mitglied.

Wie die „Deutsche Zeitung“ ihre Leser verführt. Auf der vierten Seite der „Deutschen Zeitung“ vom Mittwoch morgen findet sich ein ganzseitiges Inserat, worin den Lesern dieser teufelhaften aller deutschen Zeitungen gratis „als Reklame für unsere neue nationale Literaturausstellung“ Werte von vier ersten Dichtern unseres Vaterlandes in Aussicht gestellt werden. Wer sind diese Dichter, die gratis das deutsche Heim rössig erfreuen und mit hellem nationalen Licht erfüllen sollen? Du ahnst es nicht, helde Wald, und du, blödsinniger Knabe, wie das Schuhorgan nationaler Literaturbelange für dich sorgt. Neben den gut deutschen Dichtern Theodor Storm und Friedrich Hebbel, von denen freilich der letztere den Lodungen jüdischer Stoffe nicht immer entgangen ist und sich nicht ganz frei erweist von einer (man möchte sagen) jüdischen Sinnlichkeit, und Ludwig Anzengruber, soll Berthold Auerbach ins deutsche Haus geschmuggelt werden! Wir fragen die Hüter deutscher Sitze, die Siegelbewahrer deutscher Reinerheit, was hat dieser Jude mit nationaler Literatur zu tun? Sollten diese eminenten Literatorkenner ihren Adolf Bartels nicht zur Hand gehabt haben, als sie das ominöse Inserat des Guttenberg-Verlags aufnahmen? Dort hätten sie erfahren, daß Auerbach, der Sohn jüdischer Eltern, zum Rabbiner bestimmt war, als Student die hohe Obrigkeit durch burshenkapitische Umtriebe gefährdete und seine erste Schrift gegen den kerndeutschen, von H. Heine und anderen Juden schmählich verfolgten W. Renzel, den Bartels von damals, richtete. Und dieser Pseudodeutsche soll als nationaler Dichter eingeschmuggelt werden? Dieser Verherrlicher des Judentums, der eine ganze Serie jüdischer Romane auf dem Gewissen hat und Spinoza, bekanntlich auch einen Juden, zum großen Philosophen und Menschheitsführer umfälschen wollte (wozu leider Goethe Handhaben bot)! Was Auerbach in seinen „Schwarzwälder Dorfgeschichten“ aus dem Barn deutschen Wesens geschöpft haben, er ist ein Fremdenfeind, der diesen Demant nicht zu lassen wollte und statt seiner nur Simili verlogener Sentimentalität zu geben hatte.

So wird — morgen oder übermorgen — die „Deutsche Zeitung“ ihre Leser vor sich selber warnen (wenn der Inseratenauftrag abgelaufen ist). Oder ihre Leser werden sie als ein ganz gemeines Geschäftsblatt ansehen, wert, von Judenstämmlingen rebiziert zu werden.

„Woll und Woll“ oder „Die Frau mit den zwei Ehemännern“, das hübsche Puppenspiel von Armin T. Wegner und Volz Sanda, was Sonntag, 11/2 Uhr vorm., als Morgenfeier für W. T. Wegner in der „Komödie“ aufgeführt. Regie: Paul Gensfeld, dekorative Ausstattung: Ernst Schäfer. Die für den 10. Januar ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Der Männerchor Harmonie Charlottenburg (M. H. M. S. S.) veranstaltet am 28. Abends 7 1/2 Uhr, in der Hofstraße für Musik, Carbenstraße, einen Konzertabend. Abend unter Mitwirkung des Frauenchors Arabella Charlottenburg und der Jugendabteilung des Männerchors. Karten à 1 M. noch an der Kasse.

Ein Amerikapalast in Madrid geplant. Unter dem Vorbehalt des Anlanses Fernando ist zwecks Errichtung eines Amerikapalastes in Madrid ein Ausschuss gebildet worden. Die Kosten sollen von in Amerika lebenden Spaniern und von Amerikanern, die in Spanien ihren Wohnsitz haben, aufgebracht werden. In dem Palast sollen neben einer bedeutenden Bibliothek künigliche Ausstellungsräume für amerikanische Erzeugnisse aller Art geschaffen werden.

Russische Redefreiheit.

Die Abwürgung der Opposition.

Die Austragung der Gegenfrage innerhalb der kommunistischen Partei Russlands ist für die Außenstehenden insoweit von Interesse, als sie zeigt, wie selbst die führenden Kommunisten in Russland auch innerhalb der kommunistischen Partei mundtot gemacht werden, wenn sie mit der Politik der Partei und der Regierung nicht völlig einverstanden sind. Nach dem letzten Kongress der Partei, auf dem eine Opposition, geführt von Sinowjew, Kamenev, Krupskaja (die Witwe Lenins) und Sokolnikow auftrat, hat die herrschende Richtung energisch „organisatorische Konsequenzen“ aus dem auf dem Kongresse erzielten Siege gezogen. Es wurde eine Aktion gegen die Opposition unternommen, an der fast alle führenden Vertreter der herrschenden Richtung, Bucharin, Kalinin, Tomski, Molotow u. a., teilnahmen. Den Führern der Opposition wurde aber verboten, selbst in den geschlossenen Parteiversammlungen ihren Standpunkt zu vertreten. In einer Rede vor den Leningrader Kommunisten hat sich Tomski darüber wie folgt geäußert:

„Ich erhebe zuerst vom Genossen Sinowjew eine Anklage, in der er sich an mich sowie an Woroschilow, Kalinin, Krow und Molotow mit folgenden Worten wendet: „Bei eurem Austritte werdet ihr hoffentlich so forschlich sein, daß ihr den Leningrader Arbeitern sagt, daß das Zentralkomitee mit dem Austritte verboten hat.“ Ich kann dies den Leningrader Arbeitern nicht lassen, ich sage vielmehr: Das Zentralkomitee hat niemandem das Austritte verboten. Das Zentralkomitee hat niemandem verboten, zur Verteidigung der Beschlüsse des Parteitages, zu ihrer Erläuterung und zur Erläuterung der Fehler der Opposition aufzutreten. (1) Dies hat das Zentralkomitee niemandem verboten. Das Zentralkomitee hat es lediglich als ungewöhnlich erachtet, daß eine Diskussion eintritt, wenn Leute, die Fehler gemacht haben, für diese Fehler eintreten und sie verteidigen. Dies hat das Zentralkomitee verboten. Es hat verboten, gegen die Beschlüsse des Parteitages aufzutreten.“ („Leningrad Prawda“ vom 9. Januar.)

Erst nachdem die oben zitierte heuchlerische Äußerung Tomskis veröffentlicht wurde, hat sich das Zentralkomitee genötigt gesehen, seinen Beschluß über die Mundtotmachung der Opposition öffentlich bekanntzugeben. In der „Prawda“ vom 13. Januar ist eine „Mitteilung“ über den Beschluß des Plenums des Zentralkomitees „über die Frage der Berichterstattung über den Kongress“ veröffentlicht, in der folgendes erklärt wird:

„Das Plenum hat es als unzulässig erachtet, daß verantwortliche Genossen aus der Minderheit des Kongresses (Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission) mit der weiteren Propaganda ihrer vom Parteitag abgelehnten Anschauungen wie auch mit „Erläuterungen“ über ihre Stellungnahme auf dem Parteitag aufzutreten. Die Berichte über die Beschlüsse des Parteitages müssen erstattet werden von Anhängern der Parteilinie ohne oppositionelle Korrekturen und ohne daß Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission aus der Minderheit des Parteitages an den Debatten teilnehmen.“

Zur Beurteilung dieses Beschlusses sei nur erwähnt, daß unter den 373 Mitgliedern des kommunistischen Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission sich auch sämtliche bedeutende Führer der Opposition befinden; der Beschluß bedeutet daher einfach eine Enthauptung der Opposition.

Die nächsten sechs Wochen nach dem Kongress wurden dem schärfsten Kampfe gegen die Opposition gewidmet, der seinen würdigen Abschluß in der eben abgehaltenen Konferenz der Leningrader Parteiorganisation fand. Während der Vorbereitung der Konferenz wurden sämtliche Bezirkskomitees, sämtliche Vorstände der „Zellen“, aber auch sämtliche gewerkschaftlichen Vorstände (1) in Leningrad neugewählt bzw. neuernannt und so die „organisatorischen Konsequenzen“ aus dem über der Opposition auf dem Kongresse erzielten Siege gezogen. Natürlich wurde dabei die Opposition, die gestern noch unumschränkt in der Leningrader kommunistischen Organisation herrschte, auf der ganzen Linie geschlagen. Die Konferenz selbst bildete nur den letzten Akt dieser großen „Reinigung“.

Natürlich wurde Sinowjew mit seinen Jüngern bei der Wahl des neuen Vorstandes der Leningrader Organisation „abgefäht“. Wir haben natürlich keine Veranlassung, uns mit dieser „Opposition“ oder mit dieser Mehrheit zu solidarisieren. Wenn Bucharin, unter stürmischem Beifall der Konferenz, der abwesenden Opposition zurief: „Weniger Lärm, weniger Gemwäsch, weniger Phrasen und mehr Arbeit!“ („Prawda“ vom 11. Februar), so hob er damit nicht das Trennende, sondern das für die „Opposition“ und die Mehrheit Gemeinsame hervor. Im Punkte „Lärm und Phrasen“ braucht ein Bucharin selbst vor einem Sinowjew nicht zurückzutreten. Auch im Punkte „Partei-demokratie“, den Bucharin wie Sinowjew in gleicher Weise für sich in Anspruch nehmen, können sich die beiden Gegner die Hände reichen. Was für uns in der ganzen Angelegenheit von Interesse ist, ist die Art, wie die Gegenfrage innerhalb einer Partei ausgeprochen werden, die ein Weltreich beherrscht und im Namen der Arbeiterklasse spricht und sprechen zu können. Die kommunistische Partei Russlands enthält sich in diesem Streit als eine Partei, für deren inneres Leben das Prinzip der Diktatur, der Diktatur des jeweils herrschenden Konventikels maßgebend ist, die selbst in ihren eigenen Reihen die Demokratie nicht ertragen kann. Damit ist die kommunistische Partei als Arbeiterpartei gerichtet.

Briand-Doumer gehen aufs Ganze.

Gegen jede Konzession an die Kammer. — Rücksichtsloser als der Senat!

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die zahlreichen Besprechungen, die im Laufe des Dienstagabends zwischen der radikalsozialen Fraktion der Kammer und der demokratischen Linken des Senats stattgefunden und die schließlich mit der Entsendung einer Delegation zu Briand ihren Abschluß gefunden haben, verstärken den Eindruck, daß sowohl im Senat als auch in der Kammer die Regierung eine ausreichende Mehrheit für die Verabschiedung der Finanzvorlage in der Fassung, wie sie durch die Beschlüsse der Senatskommission erfahren hat, erhalten wird. Während die demokratische Linke im Senat im Prinzip bereit gewesen ist, dem Prestige der Kammer Rechnung zu tragen und wieder Gelegenheit zu geben, noch vor dem definitiven Votum im Senat aus eigener Initiative die in der Kammer seinerzeit abgelehnten Steuern wiederherzustellen bzw. ein Kompromiß für die Zahlungssteuer zu finden, haben Briand und der Finanzminister jede Konzession auf diesem Gebiete abgelehnt und es zurückgewiesen, die Form zu wählen, die Verabschiedung der notwendigen Maßnahmen auch nur um einige Stunden hinauszuzögern. Doumer, dem der leichte Triumph im Senat offenbar zu Kopf gestiegen ist, scheint sich demnach mit dem Umfange der Radikalsozialen allein nicht begnügen zu wollen. Er fordert von ihnen vielmehr eine Kapitulation in aller Form.

Die Schloßbrücke.

Nachdem die Charlottenburger Schloßbrücke gänzlich für den Verkehr gesperrt wurde, ist jetzt auch die Berliner Schloßbrücke zur Hälfte dem Verkehr entzogen worden. Hier wie da war es die beginnende Bauzeit der Brücken, die zu diesen einschneidenden Maßnahmen im Verkehrsleben zwang.

Die Berliner Schloßbrücke wurde von 1822 bis 1824 an Stelle der früheren Hundbrücke erbaut. Die Hundbrücke führte ihren Namen deshalb, weil die zur Jagd im Tiergarten gebrauchten Hunde über sie geführt wurden. Noch 1806 war sie eine erbärmliche hölzerne Brücke. Nach den Aufzeichnungen von Heinrich Heine vom Jahre 1822 bediente man sich beim Bau der neuen Brücke einer Dampfmaschine. Weiter schreibt Heine, der sich in jener Zeit in Berlin aufhielt: „Vorwärts! Wir müssen über die Brücke. Sie wundert sich über die vielen Baumaterialien, die hier herumliegen, und die vielen Arbeiter, die sich herumtreiben und schwagen, und Brantwein trinken und wenig tun. Hier nebenbei war sonst die Hundbrücke; der König läßt sie niederreißen und an ihrer Stelle eine prächtige Eisenbrücke verfertigen. Schon diesen Sommer hat die Arbeit angefangen, wird sich noch lange herumziehen, aber endlich wird ein prächtiges Werk dastehen.“ Die Schloßbrücke, die den Kupfergraben in der Verlängerung der Linden überschreitet, ist von Schinkel entworfen worden. Ursprünglich waren drei gleich weite, mit massiven Segmentbögen überspannte Öffnungen vorgesehen. Mit Rücksicht auf die Schifffahrt mußte jedoch die mittlere Durchlochung anders gestaltet und mit aufzuhebenden Klappen versehen werden. Erst bei dem Umbau der Brücke vor etwa 15 Jahren verschwanden die Klappen und auch die mittlere Öffnung erhielt einen Bogen in der ursprünglich vorgesehenen Form. Kurz vor der Fertigstellung der Brücke, im November 1823, ereignete sich ein großes Unglück. Neben der im Bau befindlichen Brücke war eine Rotbrücke errichtet worden, die den Uebergang über die Spree vermittelte. Anlässlich einer Hoffestlichkeit entstand ein derartiges Gedränge auf der Rotbrücke, daß wohl 20 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, teils erdrückt, teils durch das beim Drängen zerbrochene Geländer in die Spree gestürzt wurden und ertranken. Durch ihre Rarmorgruppen wird die Schloßbrücke zu einem der seltsamsten Bauwerke Berlins, das in diesem Stil „einsig“ ist. Nach der Aufstellung der Rarmorgruppen taufte der Berliner Volksmund die Schloßbrücke in „Puppenbrücke“ um, eine Benennung, die heute wohl nur noch den ältesten Berlinern aus eigener Erfahrung bekannt ist.

Die städtischen Steuerdefraudanten.

Wie die Eisenbahn die Fahndung „unterstützt“!

Bei den Ermittlungen über den Umfang der Betrügereien der beiden städtischen Steuerdefraudanten Gerhard und Schulz, die gemeinschaftlich vom Bezirksamt Mitte und der Kriminalpolizei angestellt werden, sind jetzt einige weitere Fälle aufgedeckt worden. Allerdings erleidet die städtische Verwaltung bei diesen Fällen keinen Schaden, sondern es wird möglich sein, die Steuerpflichtigen haftbar zu machen. Außerdem hat die Untersuchung ergeben, daß auch in diesen Fällen gewisse Jeniten bei den Betrügereien die Hand im Spiele gehabt haben. Dieser Verdacht soll durch weitere Untersuchungen aufgeklärt werden. Inzwischen ist auch bekanntlich eine Belohnung von 5000 Mark für die Ergreifung der beiden ungetreuen Stadinspektoren ausgesetzt worden. Vom Bezirksamt Mitte war auch beabsichtigt worden, die Auslieferung der Belohnung, sowie die Photographien und Personalien Gerhards und Schulz auf den Stadt- und Fernbahnhöfen Groß-Berlins placieren zu lassen. Die Reichsbahnverwaltung hat jedoch, wie wir hören, einen sehr merkwürdigen Standpunkt eingenommen und das Ersuchen des Bürgermeisters Schneider vom Bezirksamt Mitte grundsätzlich abgelehnt, und zwar mit der Motivierung, daß dann die Reichsbahnverwaltung auch „jedem anderen Dritten“ derartige Platzierungen gestatten müßte. Dem Vorhabe, daß doch schließlich die Stadt Berlin in dieser Hinsicht ein gewisses Vorrecht genießen müßte, wurde keine besondere Bedeutung zugewiesen, sondern nur erklärt, daß falls ganz ausnahmsweise die grundsätzlichen Bedenken fallen lassen würden, der Magistrat eine Gebühr von 10 Pfennig für jedes Plakat an die Reichsbahnverwaltung zu entrichten habe. Die Stellungnahme der Reichsbahnverwaltung erscheint nicht gerade dazu angetan, die Sympathie der Stadt Berlin zu erwerben und zu der Aufklärung dieses Verbrechens, die im Interesse der Öffentlichkeit liegt, beizutragen.

Die demokratischen Kommunisten.

Heiteres aus der Lichtenberger Bezirksversammlung.

In der letzten Bezirksversammlung in Lichtenberg entdeckten die Kommunisten plötzlich ihre Liebe zur Demokratie. Genosse Wikke, der als bejubelter Stadtrat die Altersgrenze erreicht hatte, ist bekanntlich aus seinem Amt ausgeschieden. Als die Erstwahl vorgenommen werden sollte, bekannten sich die Kommunisten unter allgemeiner Heiterkeit, die sich in Zwischenrufen von allen Seiten zeigte, zur Demokratie. Die Kommunisten erhoben Anspruch auf die freierwerbende Stelle und erwarteten, daß die Sozialdemokraten verzichteten, weil die Demokratie dies verlange. Illustriert wird dies Verlangen durch die Tatsache, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen zusammen vor einigen Monaten den sozialistischen Bürgermeister John abbaute. Bei der Wahl selbst wurde Genosse Stadtordeinerer Fröhlich im dritten Wahlgang mit 22 gegen 12 Stimmen gewählt. 12 Zettel waren weiß. Ein Antrag der SPD, diese Wahl zu vertagen und erst den Bürgermeister zu wählen, war zuvor gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Genosse Käming begründete hierauf ausführlich seinen Antrag unserer Fraktion auf Gründung eines Fonds zur Herstellung von Straßen bei Siedlungsbauten, der einstimmig angenommen wird. Nach debattierloser Annahme einiger kleiner Anträge kamen zur Beratung drei Anträge wegen des Volkenschiedes. Es entstand eine lebhaftere längere Debatte, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Demokraten und den Deutschnationalen kam. Die Anträge wurden mit den Stimmen der Linken angenommen. — Bei Beginn der Bezirksversammlung gab der Vorsteher, Genosse Tempel, den ablehnenden Beschluß des Ministerrats auf die Beschwerde wegen Nichtbestätigung des Genossen Stimmig bekannt. Genosse Stimmig, stellvertretender Bürgermeister im Bezirk 17, war mit 31 von 48 Stimmen zum Bürgermeister gewählt, vom Oberpräsidenten aber nicht bestätigt. — In ihr Amt wurden fünf unbesoldete Stadträte, darunter die Genossen Weich und Klüßner eingeführt. Ein Kommunist war nicht bestätigt worden. Die Versammlung beschloß ein Rechtsgutachten über die Bestätigungsfrage einzuholen. Endlich wurde die neue Wahlrechtsordnung nach Berichterstattung des Genossen Peterhanel angenommen.

Drei alte Schachteln.

Den wenigsten Rundfunkhörern wird es gestern zum Bewußtsein gekommen sein, daß das frühlingsmäßige Spiel, das sie erlitten und das so gut zu dem frühlingsmäßigen Wetter draußen passen wollte, ein Produkt der Kriegszeit ist. Anfang Oktober 1917 wurde es zum ersten Male aufgeführt. Aber es zeigt nichts von dem Chauvinismus, der gerade die Werke der heiteren Muse, die ja als Eintagsfliegen am Kunststimmeln stärker als ihre ersten Schwestern nur dem Wunsch des Tages dienen, damals nur allzu oft auszeichnete. Krieg und Kriegsgelächter liegen wohl im Hintergrund der Operette „Drei alte Schachteln“, aber sie kommen im Verlauf der Handlung dem Hörer kaum zum Bewußtsein. Das nur auf eine kleine Personalzahl aufgebaute Biedermeierspiel erinnert in seiner Genrehaftigkeit fast an Singspiele älterer Art, und wie in ihnen ist hier eine Liebesangelegenheit ohne die gewöhnliche Verwicklungen eigentlich der ganze Inhalt, zu dem Kollos sehr melodische

Musik eine reizvolle Untermauerung ist. Daß musikalisch der Walzer im Mittelpunkt stand, war natürlich eine Konzession an das Publikum der Kriegszeit. Aber das wird sicher keiner der Rundfunkteilnehmer gestern bedauert haben, denn sich die lieblichen Klänge immer wieder ins Ohr schmeicheln.

Nächtliche Schlägerei im Berliner Osten.

Die bedrängte Schupo.

Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern nacht gegen 1/2 2 Uhr im Osten Berlins. An der Blumenstraße Ecke Krautstraße war ein großer Menschenauflauf entstanden und mehrere Burchen versuchten einen Mann zu würgen und ihn in ein Haus zu drängen. Schupo-Beamte, die hinzukamen, suchten den Streit zu löschen. Mit unerhörter Raubheit wandten sich jedoch die Streithähne gegen die Beamten und traktierten sie mit Fußtritten gegen den Unterleib. Der Hauptangreifer Hans Posener aus Neukölln flüchtete darauf die Blumenstraße und Karlusstraße entlang zum Straußberger Platz, wo er von den Beamten aber eingeholt und ergriffen werden konnte. Auf dem Wege zur Wache wurden die Beamten von dem Publikum belästigt und in arge Bedrängnis gebracht. An der Kraut- und Blumenstraße suchte P. sich von den Beamten loszureißen und zu entfliehen. Das Publikum, das unverständlichweise eine drohende Haltung gegen die Beamten einnahm, suchte den Fliehenden zu decken. Auf die Notsignale eines Beamten eilte ein Untermachmeister zu Hilfe, der bei seinem Erscheinen ebenfalls umzingelt wurde. In größter Bedrängnis gab er einen Schuß aus seiner Dienstpistole ab, der den Former Paul Rothermund aus der Blumenstraße 68 am Kopf schwer verletzte. Bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain trat der Tod ein. Es wurden noch eine Anzahl von Personen festgestellt.

Aushebung einer Falschmünzwerkstatt.

Der ertappte Goldschmied.

Eine Falschmünzwerkstatt wurde gestern von Beamten der Potsdamer Kriminalpolizei in der Kantstraße entdeckt und ausgehoben. Auf dem Bahnhof in Potsdam wurde vor einigen Tagen ein Mann angehalten, der eine Fahrkarte nach Berlin lösen und mit einem Markstück bezahlen wollte. Als man dieses als falsch erkannte, erklärte der Mann, „dann habe ich wohl noch mehrere von dieser Sorte“. Das war in der Tat so. Er hatte in einem Lokal in der Lindenwälder Straße in Potsdam einige Glas Pier getrunken und auf einen Fälschungschein u. a. vier Einmarkstücke herausbekommen. Alle vier erwiesen sich als falsch. Ihr Besitzer wurde der Potsdamer Kriminalpolizei vorgeführt, und Kriminalkommissar Fichtemann ermittelte, daß die falschen Münzen von einem Kellner des Lokals in der Lindenwälder Straße ausgegeben worden waren. Dieser hatte sich von einer Sabine Raab aus der Marienstraße in Potsdam kleines Geld besorgen lassen und dabei, ohne daß er es wußte, 50 falsche Einmarkstücke erhalten. Im Laufe des Tages hatte er sie beim Wechsel ausgegeben. Kriminalkommissar Fichtemann ermittelte, daß Sabine Raab in Verbindung stand mit einem Goldschmied Esprester, der in der Kantstraße 46 einen kleinen Laden betreibt und in einem Zimmer hinter dem Laden haust. Hier nahmen die Potsdamer Beamten gestern überraschend eine Durchsuchung vor und fanden nicht nur weitere falsche Münzen, sondern auch die Prägestöcke mit Schneide- und Prägestempel, die Esprester als Goldschmied selbst hergestellt und in dem Hinterzimmer aufgestellt hatte. Der ertappte, der zunächst die Fälschung leugnete, wurde nach Potsdam gebracht und legte dort später ein Geständnis ab. Er behauptet, daß er wegen schlechten Geschäftsganges auf den Gedanken gekommen sei, Münzen zu fälschen. Er will erst einige hundert Einmarkstücke geprägt und mit der Sabine Raab gemeinsam in Verkehr gebracht haben. Auch diese wurde dem Amtsrichter in Potsdam vorgeführt. Das ganze Material wurde beschlagnahmt.

Im Zeichen der Wohnungsnot!

Das Zentralwohnungsamt und die Firma Scherl u. Co.

Große Empörung wurde in der letzten Bezirksversammlung im Bezirk Mitte bei allen Parteien durch die Anfrage der SPD, wegen der Hergabe von 40 Wohnungen zu Geschäftszwecken an den Zeitungsverlag Scherl u. Co. bei der Verantwortung durch den zuständigen Dezentralen hervorgerufen. Die Firma Scherl vergrößert ihre Geschäftsräume in der Zimmer- und Kochstraße. Dadurch werden 40 Wohnungen dem Wohnungsmarkt in den Bezirken Mitte und Kreuzberg entzogen. Die bisherigen Inhaber der Wohnräume müssen durch die Wohnungsämter Mitte und Kreuzberg untergebracht werden. Nach Auskunft des stellvertretenden Bürgermeisters Dr. Gordan sind diese Abmachungen mit dem Zentralwohnungsamt und der Firma Scherl getroffen. Durch diese Maßnahme sind die Wohnungssuchenden des Bezirks, die schon durch den hier so gut wie gar nicht in Erscheinung tretenden Wohnungsausbau wenig Aussicht haben, eine Wohnung zu erlangen, arg geschädigt. Im Bezirk Mitte befinden sich sehr viele Baulücken und es dürfte gerade der Firma Scherl ein Leichtes sein, den durch den Umbau verlorengegangenen Wohnraum an anderer Stelle im Bezirk erstehen zu lassen. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann.

Mieterschaft und Fürstenabfindung.

Die Rundgebung des Mieterbundes, die am Montagabend im großen Saal der Treptower Sternwarte unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung stattfand, und bei der in einem besonderen Film die unheilvolle Wirkung der Wohnungsnot auf den Erbfeind der Tuberkulose vorgeführt wurde, gipfelte in einer mit Begeisterung aufgenommenen Rede des Genossen Landgerichtsrats Ernst Kuben in Berlin, der die durch Inflation und Wohnungsmangel entstandene Not der Mieterschaft besprach und die schamlosen Forderungen der Fürsten gipfelte. Tritt die Mieterschaft nicht geschlossen für den Volkenschied ein, so werden neue Befestigungen der Mieter und damit der lebendigen Arbeitskraft der Arbeiterschaft die unausbleibliche Folge sein. Nach dem Vortrag rollte der bekannte Mieterfilm, wenn auch in gekürzter Form. Die ganze Veranstaltung kann als ein Erfolg unserer Bestrebungen angesprochen werden.

Todessturz im Treppenschacht.

Gestern abend kurz nach 7 Uhr stürzte die 7 Jahre alte Schülerin Erna Sah in der Kleinen Karlusstraße 3 aus der dritten Etage in den Treppenschacht, wo das Kind schwer verletzt liegen blieb. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur nach dem Tod feststellen. Die Kleine ist wahrscheinlich am Geländer heruntergerutscht und dabei zu Schaden gekommen.

Grubenbrand auf Zeche „Phoenix“.

4000 Mann arbeitslos geworden.

Hamm, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Schacht I der Zeche „Phoenix“ ist ein verheerender Grubenbrand ausgebrochen. Die Lösch- und Abdämmungsarbeiten sind im Gange. Sie sind bis jetzt erfolglos geblieben, so daß mit der Untermassierung des Schachtes gerechnet werden muß, wodurch 90 Proz. der Belegschaft, also 4000 Mann, arbeitslos werden würden. Auf der Hüttensohle des Schachtes I ruhte die beste Kohle der Zeche, eine Gasohle. Flöz 14, der Brandherd, enthält eine an Schwefelgasen reiche Kohle. Auf Anordnung der Zechenleitung wird von der Spitze aus eine neue Rohrleitung gelegt zum brennenden Schacht, um zunächst das brennende Flöz, eventuell die ganze Sohle unter Wasser zu legen. Die Ausdehnung des Brandes auf das ganze Kohlenfeld ist zu befürchten. Die Belegschaft konnte nur rechtzeitig aus der Grube gezogen werden. Eine Gefahr für Menschenleben besteht nicht.

Gewerkschaftsbewegung

Hospitaliten als Schwerarbeiter. Der Magistrat berichtigt.

In der Tat sache selbst, die wir am Sonntag mitteilten, daß altersschwache Hospitaliten zu dauernder anstrengender und verantwortlicher Berufstätigkeit herangezogen werden, nachdem das Personal in der Fröbelstraße teilweise abgebaut war, ist nichts zu berichtigen. Sie wird vom Magistrat auch nicht bestritten.

Wir hatten aber, am 21. Februar, weiter berichtet, daß die Verwaltung des Hospitals wie auch das Bezirksamt Prenzlauer Berg beim Magistrat dringend beantragt hätten, die Genehmigung zur Einstellung von Personal zu erteilen. Auch diese Angabe, soweit sie das Bezirksamt betrifft, kann nicht bestritten werden.

Berichtigt wird jedoch die weitere Behauptung, daß der Magistrat die Einstellung von Personal „abgelehnt und damit wieder einmal bewiesen habe, daß er sozialen Notwendigkeiten verständnislos gegenübersteht“. Erst unter dem 11. Februar 1926 sei ein Antrag des Bezirksamtes vom 10. Februar auf Genehmigung zur Einstellung von Personal zwecks Ablösung der übungsmäßig (Nicht übermäßig? D. Red.) beschäftigten Hospitaliten eingegangen.

„Der Magistrat hat über diesen Antrag überhaupt noch nicht entschieden, so daß die Angabe der Ablehnung nach jeder Richtung hin unzutreffend ist. Vielmehr hat der Magistrat mit der Nachprüfung der gesamten in dem Antrage zum Ausdruck kommenden Verhältnisse an Ort und Stelle seine Hauptprüfungsstelle beauftragt, die sich zurzeit mit der Angelegenheit gutachtlich befaßt.“

Die Folgerungen, die an die tatsächliche Darstellung über die Stellungnahme des Magistrats in der Notiz „Hospitaliten als Schwerarbeiter“ geknüpft worden sind, wie auch die ihm unterliegenden lohnpolitischen Erwägungen entbehren daher jeder Unterlage. J. A. Dr. Bollbrecht.

Dieser sich an Nebensächlichkeiten klammernden und in diesen Punkten dann um so anspruchsvoller ausfallenden Berichtung gegenüber möchten wir doch festhalten:

Im Hospital Fröbelstraße ist unentbehrliches Personal entlassen worden. Dafür sind vier Hospitaliten als Heizer herangezogen worden, abgesehen von dem sonstigen Personalerlass aus der Reihe der Hospitaliten. Eine dauernde tägliche acht- bis neunstündige Beschäftigung von Hospitaliten ist nicht „übungsmäßig“ sondern unzulässig. Am 11. Februar erhält der Magistrat den Antrag des Bezirksamtes, diesem Mißstand sofort ein Ende zu machen durch seine Genehmigung zur Einstellung von Personal. Darüber sind volle neun Tage verstrichen, bis dann der „Vorwärts“ auf diese „übungsmäßige“ Beschäftigung aufmerksam machte. Nach weiteren zwei Tagen, also nach 12 Tagen erfahren wir aus der Berichtigung, daß die Hauptprüfungsstelle sich zurzeit mit der Angelegenheit gutachtlich befaßt. Wie lange wird es dauern bis das Gutachten abgegeben, dem Magistrat vorgelegt wird und der Magistrat dazu kommt, über den Antrag des Bezirksamtes Prenzlauer Berg zu entscheiden? Wie lange noch, bis an Stelle der Hospitaliten die nötigen Arbeitskräfte eingestellt sind, an denen es gegenwärtig doch wirklich nicht fehlt! Darum dreht es sich für uns lediglich, daß der gerügte Mißstand scheinungsgemäß abgestellt wird.

Eine Ente des „Vorwärts“.

Die „Tägliche Rundschau“ bestätigt sie.

Unsere Meldung, daß die Reichsbahn Panzerzüge gegen hungernde Eisenbahner herstellen läßt, bezeichnet die „Tägliche Rundschau“ als eine Ente des „Vorwärts“. Das deutschnational-volksparteiliche Blatt läßt sich von der Reichsbahn folgendermaßen informieren:

„In Verbindung mit dem Kredit von 100 Millionen, den die Reichsregierung der Reichsbahn-Gesellschaft für die Vornahme von dringenden Erneuerungsarbeiten gewährt, sind gegen die Reichsbahn-Gesellschaft verschiedene Angriffe gerichtet worden. So wurde im „Vorwärts“ behauptet, die Reichsbahn-Gesellschaft lasse Panzerzüge bauen, um sich damit gegebenenfalls gegen einen Eisenbahnerstreik zur Wehr setzen zu können. Diese Meldung enthält eine gründliche Verzerrung des richtigen Tatbestandes. Zwischen den in Betracht kommenden Reichsministerien ist ein Abkommen in der Richtung getroffen worden, daß im Falle von inneren Unruhen eine gegenseitige Unterstützung stattfindet. Man hat dabei auch die Lehre berücksichtigt, die der Aufstand in Mitteldeutschland den Behörden erteilt hat. Im Zusammenhang damit ist Anordnung getroffen worden, daß Züge gebaut werden, die bewehrt sind und die verwendet werden können, wenn ein Angriff auf die Bahnstrecke versucht wird. Selbstverständlich richtet sich diese Vorkehrung nicht im geringsten gegen die Eisenbahner oder gegen den Streik von Eisenbahnern, (Gott bewahre!) sondern es handelt sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme, die im Hinblick auf die Möglichkeit großer innerer Unruhen getroffen worden ist.“

„Selbstverständlich“ geht das nicht gegen die Eisenbahner. „Selbstverständlich“ sind Bahnschutz, Technische Röhrlife, Korruptionszulagen, „sonstige“ persönliche Ausgaben, Reparaturskosten usw. nur im wohlverstandenen Interesse der Eisenbahner. Wenn infolge dieser „notwendigen“ Ausgaben kein Geld übrig bleibt, um den Eisenbahnern auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu zahlen, so ist die Hauptverwaltung unschuldig. Sonst aber ist unsere Meldung zwar richtig, aber trotzdem eine „Ente“.

Jahresgeneralversammlung der Fabrikarbeiter.

Durchfall der Opposition.

Am Sonntag, den 21. Februar, fand im Gewerkschaftshause die Jahresgeneralversammlung der Berliner Fabrikarbeiter statt. Nach einem Flugblatt der sogenannten Opposition, das zu den Bezirksversammlungen im Januar verteilt worden war, in denen die Delegierten zur Generalversammlung auf ein Jahr gewählt wurden, sollte in dieser Versammlung das große Abfagen vor sich gehen und

„Kollegen in die Ortsverwaltung hineingewählt werden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Mit der reformistischen und SPD-Politik muß auch im Fabrikarbeiterverband Schluss gemacht werden“

hieß es großmäutig in diesem Flugblatt. Was es mit dieser reformistischen Politik auf sich hat, legte der 1. Bevollmächtigte Wil-

helm Reimann in seinem Geschäftsbericht in ausführlicher Rede dar. Auf die Ursachen und Wirkungen der Krise eingehend, zerstückte er die Argumente der Unternehmer, die mit langer Arbeitszeit und schlechter Entlohnung die Konkurrenz auf dem Weltmarkt schlagen wollen und den Boden des Innenmarktes unter den Füßen verlieren. Wenn unsere Gegner im Unternehmertum und von der Opposition uns fragen, welchen Ausweg wir zeigen, dann verweisen wir auf die Vorschläge in den Denkschriften des ADGB. Die „reformistische Arbeit“ der alten Verwaltung hat allein in der chemischen Industrie in drei Bewegungen seit Ende 1924 der Arbeiterschaft eine wöchentliche Lohnerhöhung von 110 800 M. gebracht. In den anderen Industrien sind Erhöhungen der Stundenlöhne eingetreten, die 3. L. noch über das in der chemischen Industrie Erreichte hinausgehen. In über 900 Sessungen und Versammlungen wurden die Verbandsaufgaben erledigt.

151 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung

wurden für 659 Betriebe mit 49 267 Beschäftigten geführt. Zum Streik mußte in 19 Fällen bei 49 Betrieben mit 4282 Beteiligten übergegangen werden.

Das Bildungs- und Bibliothekswesen ist ausgebaut worden. In Extrakursen wurde versucht, den Funktionären und Mitgliedern das geistige Rüstzeug zum Kampf gegen das Unternehmertum zu geben. Das Betriebsrätesekretariat hat in 144 Terminen vor den Arbeitsgerichten die Interessen der Betriebsräte und Mitglieder gewahrt. Der Jugendarbeit ist die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden. Ebenso wurde das Arbeitsnachweiseswesen gepflegt. Zur Verringerung der Rot der Erwerbslosen hat der Verband neben seinen eigenen Arbeiten auch die Arbeiten der Spitzenverbände, namentlich die des Ortsausschusses, kräftig unterstützt.

Beiträge wurden 353 245 in einer Gesamtsumme von 246 505 M. geleistet. An Streik- und Nachregelungsunterstützung wurden 28 748 M., an Erwerbslose und Kranke 35 480 M. neben anderen Unterstützungen gezahlt. Der Hauptfasse wurden außerdem 80 318 Mark überwiesen. Die Mitgliederzahl ist gegen Ende des vorigen Jahres etwas zurückgegangen, was auf die jetzige Krise zurückzuführen ist. Mit Recht konnte Reimann darauf hinweisen, daß

die geleistete Arbeit ein Beweis rascher Tätigkeit

ist. Wenn man uns Reformisten schimpft, so kann man sich mit Stolz auf den Erfolg unserer „reformistischen“ Tätigkeit hin. Die Phrase überfallen wir neidlos den „revolutionären Ritaltern“, wir wählen die Arbeit.

In der Debatte hatten die Kommunisten den sattem bekannten Kollegen Stabe vorgeschickt, der aber über einige belanglose Stammeleien und die üblichen kommunistischen Redensarten nicht hinauskam. Auf den Gesätern der Anhänger Moskows war die Enttäuschung über das Vergehen ihrer „Kanone“ zu lesen. Den Standpunkt der Amsterdamer Richtung vertraten Karl Schulz und Hammer. Theodor Halle sagte den Kommunisten über ihre Einheitsfront sehr unangenehme Wahrheiten. Reimann kam noch auf die unsauberen Methoden der Opposition zu sprechen, die in den Bezirken angewandt wurden, um die Mehrheit in der Generalversammlung zu erreichen.

Ein Antrag, die Delegierten wieder vierteljährlich zu wählen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, der sich gegen die Fürstenabildung wendet, und ein anderer, der erhöhte Fürsorge für die Opfer der Krise fordert. Einige weitere Anträge wurden der Ortsverwaltung zur Prüfung und evtl. Berücksichtigung überwiesen. Zur Wahl der Ortsverwaltung lagen zwei Vorschläge vor. Die Kommunisten beantragten Verhältniswahl. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung mit rund 120 Stimmen, während die Kommunisten auf ihre Vorschläge im Höchstfalle 40 Stimmen vereinigten.

Die Einheitsfront.

Zwischen SPD. und Deutschnationalen.

Seit Jahren propagieren die Moskauer innerhalb der Arbeiterschaft die sogenannte Einheitsfront. Wenn einmal die gemachten Erfahrungen zur Ablehnung der „Einheitsfront“ führen, können sich die Moskauer nicht genug tun in der Anwendung des Schlagwortes „Arbeiterverrat“.

Wie ist aber die Praxis? In der Betriebsratsitzung der AEG-Zählerfabrik vom 17. Februar wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, also auch die Kommunisten stimmten dafür, nach Möglichkeit nur eine gemeinsame Betriebsratswahl, Arbeiter und Angestellte, durchzuführen, um dadurch die Deutschnationalen kaltzustellen. Der bisher alljährlich gemachte Versuch war immer gescheitert, und erst in diesem Jahre glückte es, die gefällige Mehrheit bei den Angestellten zu erreichen. Nun stand der Erreichung des Zieles nichts entgegen, wenn eben nicht die „revolutionären Arbeitervertreter“ auch Kommunisten genannt, nicht die Einheitsfront sabotiert hätten.

Die Kommunisten fanden plötzlich ein Haar in der Suppe und die so oft erprobte „Liebesheirat“ zwischen Moskau und Hitler wurde auch hier geschlossen. Bei der Abstimmung wurden alle Mann zu der angeblich auch von der SPD. bekämpften Weigerungsabkommandierung. Im Betriebe eines freigewerkschaftlichen SPD-Betriebsratsmitgliedes stimmten von 59 Mann 58 für getrennte Wahl.

Darf der forschen Tätigkeit der Moskauer brachte die Abstimmung nicht das gewünschte Ergebnis. Die Deutschnationalen werden wieder unter dem sinnigen Wahlspruch der Moskauer in den Betriebsrat eingezogen: „Die Weltrevolution marschiert! Heil Hitler!“ „Heil Moskau!“

Die Kommunisten wollen keine Einheitsfront. Sie wollen mit Hilfe der freigewerkschaftlich Organisierten sich wählen lassen und außerdem ihre Leute auf Sonderlisten durch Abkommandierung ihrer Wähler die Zahl ihrer Vertreter künstlich erhöhen. Wenn dabei die Selben profitieren, ist ihnen das nur lieb. Je größer die Uneinigkeit der Arbeiterschaft, desto besser für die Kommunisten. Daraus wird für unsere Genossen die entsprechende Lehre zu ziehen sein.

Vor dem Streikabbruch in der belgischen Eisenindustrie.

Charleroi, 24. Februar. (B.T.B.) Das Streikkomitee hat beschlossen, die Arbeiter in der Eisenindustrie aufzufordern, vor dem 28. Februar ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit auszusprechen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 15. Februar 1 139 300; dies bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Verminderung um 25 657 Personen und gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um 100 496 Personen.

Wirtschaft

Gefahren für die Verbrauchergenossenschaften.

Die schlimmste Gefahr für die Bildung aktionsfähiger Konsumgenossenschaften ist die der Zersplitterung. Es wird dadurch nicht nur eine ungenügende Konkurrenz heraufbeschworen und die Leistungsfähigkeit gemindert, sondern es entsteht zumeist noch die neue Gefahr, daß infolge dieser Teilung der genossenschaftlichen Kraft die notwendigen Umsätze nicht erzielt werden können; so kommt es dann zu Zusammenbrüchen, die von der genossenschaftsfeindlichen Agitation weidlich gegen die Gesamtheit der Konsumvereine ausgespielt werden, obwohl es sich nur um Mißgriffe einzelner Personen oder Personengruppen handelt. Die Konsumgenossenschaftskorrespondenz zählt einige warnende Beispiele dieser Art auf, die wir nachfolgend wiedergeben.

Obwohl in dem kleinen ostpreussischen Grenzort Stallupönen ein allgemeiner Konsumverein besteht, hielt man es für notwendig, noch eine Beamtenwirtschafts-genossenschaft zu gründen. Jetzt hat diese, wie vorauszusehen war, ihre Auflösung beschließen müssen. Als vor ungefähr einem halben Jahre der Geschäftsführer der Konsum- und Spargenossenschaft für Stallupönen und Umgegend der Beamten-genossenschaft den Vorschlag der Verschmelzung machte, wurde dies auf Betreiben einer einflussreichen Persönlichkeit abgelehnt. Bei dieser können sich jetzt die Leidtragenden bedanken.

Liquidiert hat ferner der Beamtenkonsumverein Eibersfeld.

In Osnabrück wurde im Jahre 1907 der inzwischen zum Bezirkskonsumverein ausgewachsene Konsum- und Sparverein gegründet, dem beizutreten jedermann freisteht. Das genügte einigen Leuten nicht, die betonen zu müssen glauben, daß sie christlich eingestellt seien, weshalb sie den Konsumverein „Selbsthilfe“ gründeten. Trotz Zuflusses aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften mußte der Verein nach etwa zwei Jahren von der Bildfläche verschwinden. Die dabei gemachten üblen Erfahrungen wirkten jedoch nicht nachhaltig, denn nach Beendigung des Krieges gründeten christliche Gewerkschafter den Konsumverein „Eintracht“, dem sich in einigen Orten die „Christlichen“ angeschlossen. Da sie meistens auch Mitglieder des Konsum- und Sparvereins waren, pflegten sie ihre Waren bei diesem als der leistungsfähigeren Genossenschaft zu entnehmen. In ein Gebeiben der Sonderorganisation war natürlich nicht zu denken. Die geschäftlichen Ergebnisse der „Eintracht“ wurden immer schlechter, so daß sie sich schließlich unter Geschäftsaufsicht begeben mußte. Doch auch das Mittel verlor sich nicht. Eine kürzlich abgehaltene Generalversammlung beschloß die Verlegung des Sitzes der Genossenschaft von Osnabrück nach Ibbenbüren. Einige Tage später wurde vom Amtsgericht der Konkurs eröffnet. Ansehend ist allerletzt Verlust entstanden, denn die Mitglieder sollen gerichtliche Aufforderungen zur Einzahlung bestimmter Summen erhalten haben. Das hätte alles vermieden werden können, wenn die Beteiligten sich dem Konsum- und Sparverein angeschlossen hätten, dessen Leistungsfähigkeit dann noch erhöht worden wäre.

Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. Ueber die

Projekte, die der Verbesserung der Wasserversorgung Berlins dienen, wurden in der Generalversammlung der Gesellschaft folgende Angaben gemacht: Die ständig anhaltende Steigerung des Konsums hat die Charlottenburger Wasserwerke veranlaßt, umfangreiche Erweiterungen ihrer Werke und der Rohrnetzanlagen vorzunehmen. Das Wasserwerk Johannisthal, das zur Versorgung der östlichen und südlichen Teile dient, wird beträchtlich vergrößert. In Tiefwerder, das die Bezirke Wilmersdorf, Grunewald und Heerstraße beliefert, wird die bisher bestehende provisorische Anlage zu einem großen Werke ausgebaut. Die dem Auslaß der Wasserförderung aus den verschiedenen Werken dienenden Rohrnetzanlagen werden entsprechend diesen Werkerweiterungen ergänzt durch eine Hauptrohrleitung von Johannisthal über Lichtentrad nach Marienfelde. Eine Hauptrohrleitung von Johannisthal nach Brix und eine Hauptrohrleitung von Tiefwerder nach dem Kronprinzessinnenweg im Grunewald. Damit sind aber noch den Angaben der Verwaltung die Erweiterungsprojekte noch nicht erschöpft. Es wäre interessant festzustellen, woher in dieser geldknappen Zeit die Gesellschaft die Mittel zu ihrer Erweiterung herminnt, da weder die ziemlich beträchtlichen Bankguthaben noch die anderen für Durchführung dieser Projekte ausreichen dürften. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Mittel aus den laufenden Gewinnersparnissen und Einnahmen bestritten werden, und daß dies der Grund ist, warum die Gesellschaft trotz ihrer überaus hohen Wasserpreise nur eine sechszehnjährige Dividende zur Verteilung bringt.

Unwahre Behauptungen über Banknotenaufwertung. Die Reichsbank bittet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: In verschiedenen Zeitungen sind in den letzten Tagen Berichte über Versammlungen des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes erschienen. Einer der Verbandsredner namens Winter hat in diesen Versammlungen verschiedene Behauptungen aufgestellt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Insbesondere hat er behauptet, die Reichsbank habe nunmehr ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Vergleichs über die Aufwertung der Reichsbanknoten erklärt. Das Reichsbankdirektorium teilt hierzu mit, daß diese Behauptung unrichtig ist. Es ist niemals von der Reichsbank oder auf ihre Veranlassung von irgendeiner anderen Seite die Aufwertung der alten Reichsbanknoten erwogen oder gar eine Aufwertung vergleichsweise zugestanden worden. Vielmehr sind derartige Vorschläge ausnahmslos abgelehnt worden.

Der Privatkonten wurde neuerdings innerhalb 2 Tagen zweimal ermäßigt; erst von 5/8 auf 5/16 Proz., nun von 5/16 auf 5/32 Prozent.

Inlandsanleihe der Stadt Halle. Auch die Stadt Halle muß die große Flüssigkeit des Geldmarktes zu einer Inlandsanleihe aus. Die Beratungsstelle hat 5 Millionen Mark genehmigt.

Japanischer 4-Millionen-Auftrag für Siemens u. Halske. Für die Städte Osaka und Kobe hat die Firma Siemens u. Halske einen Auftrag zum Bau von Telephonanlagen erhalten im Betrage von annähernd 4 Millionen Mark.

Beamtensitzung für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neulisten: Dr. John Schloßmann; Verkehr: Erika Kersch; Anzeigen: H. Glode; Landrat in Berlin: Berlin: Kottwitz-Berlin G. m. b. H.; Berlin: Deud: Kottwitz-Berlin; und Verlagsanstalt Paul Senneker u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. 602. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche
haben abzugeben
Gebr. Holzinger,
Tel. Neukölln 4545/47

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Riefenwahl in allen Farben - herrliche Muster
Tapeten für Puppenstuben - Linoleum u. Fußmatten
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden
(Ringelstr. daher Konturreislos billig.)
Borgeiger erhält 5% Rabatt.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegener
Ausführung kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Hombloppatz 12, Hof par.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Antorbedarf
LJURGERS
Alexanderplatz
Trauerpendeln
über Art
Herz Preiser
Paul Gollets
vormals Robert Kott.
Marianenstr. 3.
Kont. Mariael. 108 08

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist die besten Zigaretten
schon im kleinen
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 36!

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!